

Fortschritt und Hemmung

Das Sinnes-Abkommen

Das Abkommen, das der Führer der deutschen Grossindustrie, Sinnes, mit der Organisation der kriegszerstörten Gebiete Nordfrankreichs abgeschlossen hat, ist in Frankreich und in Deutschland gerade von den Kreisen, die einer Verständigung bisher völlig ablehnend gegenüberstanden, mit starker Zustimmung aufgenommen worden. Auf der anderen Seite wird von sozialistischer Seite herbe Kritik geübt an dem Zuwachs von Gewinn und Einfluss, der aus der Verwirklichung des Abkommens den Herren von Kohle und Eisen zuzufallen drohe. Vorher hatte die Rechte jede Verständigung in der Reparationsfrage abgelehnt, weil sie an die Namen Rathenau und Wirth geknüpft war. Heute erklärt man, dass, was Herr Sinnes mache, unter allen Umständen wohlgehe. Die Sozialdemokraten erklärten umgekehrt ihre Zustimmung zu dem Abkommen von Wiesbaden, aber sie äussern das schärfste Misstrauen, sobald der Name Sinnes auftaucht. Wenn es um die Sache zu tun ist, der fragt nicht, wer es macht, sondern, ob das, was geschieht, in seinen Auswirkungen dem deutschen Volk Nutzen verspricht. Das ist der Fall bei dem Abkommen, das die Namen Sinnes und de Lubersac trägt. Die Kreise, denen es unangenehm ist, dass dabei eine Stärkung der Machtposition der Industriekapitäne herauskommt, hätten die Möglichkeit gehabt, durch ein höheres Mass an Initiative und Selbstvertrauen der Aktion der Industrie zu vorzukommen. Da das nicht geschehen ist, so zum mindesten nicht zum Erfolg führte, so bleibt auch denen, die Misstrauen gegen die politischen Absichten des grossen Geschäftsmannes Sinnes hegen, nichts übrig, als ihm freie Bahn zu lassen.

Praktische Arbeit ist vonnöten

Es ist für Deutschlands Wiederaufbau von grundlegender Bedeutung, dass das Gespenst der Reparationsfrage endlich gebannt wird. Die Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen wird ohne Zweifel eines Tages erfolgen müssen. Je früher, desto besser. Aber unter allen Umständen wird die Forderung aufrechterhalten werden, dass die zerstörten Gebiete wieder hergestellt werden. Hier hat das Zusammenwirken bürokratischer Unfähigkeit und Erwerbssücht auf französischer Seite mit dem Mangel an einer realpolitischen Einstellung in Deutschland dazu geführt, dass ungeheure Summen ausgegeben worden sind, ohne dass damit den Bewohnern der zerstörten Gebiete bisher viel geholfen gewesen wäre. Je früher hier praktische Arbeit geleistet wird, desto eher wird auch eine gewisse Entspannung eintreten, die dem Gewaltpolitikern Einfluss und Antrieb nimmt. Jeder Monat, der vorübergeht, ohne dass neue Gewaltmassnahmen gegen Deutschland ergriffen werden, ist ein Gewinn, der schwere Opfer aufwiegt. Gewiss begünstigt die französische Politik heute auch in den Ententeländern wachsendem Misstrauen, aber Deutschland muss doch damit rechnen, dass noch für absehbare Zeit ein Eintreten zu seinen Gunsten nicht zu erwarten ist. Dafür fehlen die realpolitischen Voraussetzungen ebenso sehr wie die seelischen. Auch in Amerika glaubt man noch vielfach, dass Frankreich sich wirklich vor einem deutschen Revanchekrieg fürchte, und ein nüchterner Geschäftsmann wie der Bostoner Filene hält im Ernst seinen Vorschlag für diskutabel, ja sogar für notwendig, Deutschland solle von sich aus beim Völkerbund „Garantien für Frankreich“ beantragen, um seinen guten Willen zu beweisen und die französische öffentliche Meinung zu beruhigen.

Ohne Zweifel ist die Frage von Friedensgarantien niemals weiter von der praktischen Verwirklichung entfernt gewesen wie gerade jetzt, wo so deutlich hervortritt, dass der durch die Friedensschlüsse des Jahres 1919 geschaffene Zustand überall Krisengefahren herbeigeführt hat. Die österreichische Frage wird jetzt vom Völkerbund behandelt, und die Erkenntnis, dass hier ein Versagen gleichbedeutend wäre mit einer tödlichen Blamage für die Entente, mag noch einmal zu einem vorübergehenden Erfolg einer neuen „Kampferspritze“ für den lebensunfähigen Staat führen. Aber schon zeigt sich eine neue Gefahrenzone in der Nähe: Der Zusammen-

bruch der griechischen Armee rollt nicht nur die Dardanellenfrage auf, sondern auch die ganze Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan. Die siegreichen türkischen Nationalisten fordern die gemeinsame Grenze mit Bulgarien, das 1913 und 1919 zugunsten Rumäniens und Jugoslawiens verstümmelt worden ist. Die mazedonische Bewegung ist in den letzten Monaten ohnedies wieder lebhafter geworden. In Sofia haben Zehntausende für die unterdrückten Mazedonier demonstriert. Gleichzeitig streben die Ungarn nach der Wiederherstellung ihrer natürlichen und ethnographischen Grenzen und sind bereit, jede Hand zu ergreifen, die ihnen dazu verhilft.

Ein französischer Pyrrhus-Sieg?

Die französische Presse hat den Sieg Kemals gefeiert, wie wenn es sich um einen Erfolg der französischen Waffen gehandelt hätte. Aber dieser Sieg kann leicht zu gross werden, auch für die französischen Interessen. Einmal wird sich das gesteigerte Machtbewusstsein der Mohammedaner nicht nur in den englischen Besitzungen geltend machen, sondern auch in den französischen von Syrien bis zum Senegal, und dann besteht die Gefahr, dass bei einem Balkankonflikt Frankreich zwischen der Kleinen Entente und der türkischen Freundschaft optieren müsste. Gewiss ist England moralisch und politisch durch die Niederlage der Griechen, die es vorgeschickt hatte, schwer getroffen. Es ist aber eine Uebertreibung, wenn man diese Schwierigkeiten als eine Bedrohung des englischen Weltreiches auffasst. Die englische Macht ist, insbesondere seit dem Weltkrieg, so fest und solide verankert, dass sie noch ganz anderen Stürmen gewachsen wäre, als Demonstrationen und Putsch, die vielleicht unter der grünen Fahne des Kalifen veranstaltet werden.

Ob die Einigung mit Belgien durch diese aussenpolitischen Komplikationen erschwert worden ist oder ob von vornherein in Belgien die Absicht bestanden hat, die Entscheidung der Reparationskommission über die Garantien der von Deutschland auszustellenden Schatzwechsel buchstäblich zu nehmen, kann

dahingestellt sein. Die Schwierigkeiten, die sich immer wieder aus dem Mangel einer realistischen Reparationspolitik in allen Ländern ergeben, bilden die schwerste Hemmung für jeden Wiederaufstieg. Die Notwendigkeit, in irgendeiner Form Ruhe und Sicherheit für das Erwerbsleben zu schaffen, wird immer dringender. Die Kreise, die sich an Papiergewinnen berauschten, werden allmählich nüchteren. Schon zeigt sich die Ueberdünne Absatzmarkt wird immer mehr eingeengt, und die innere Kaufkraft kommt zum Stillstand. Der Ausblick ist um so sorgenvoller, als die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft in immer höherem Grad bedroht ist, je grössere Hindernisse die Umgestaltung und Anpassung der Betriebe durch Teuerung und Geldknappheit erfährt.

Auf der anderen Seite bedeutet das Ende der Scheinconjunktur, das sich abzeichnet, einen so stärkeren Antrieb, im Geiste einer wahren Notgemeinschaft alle Kräfte der Nation zusammenzufassen. Die Gewerkschaften haben in einer Weise, die durchaus anzuerkennen ist, trotz aller Rückenangriffe seitens der Kommunisten sich bisher bemüht, den Geist der Arbeitsgemeinschaft zu stärken. Kennzeichnend für ihre Haltung ist der Eifer, mit dem sie für die Durchführung des Ueberschichtenabkommens im Bergbau eintreten. Die Bergarbeiterverbände aller Richtungen haben einen Aufruf erlassen, um der Hetze der Kommunisten und Syndikalistischen entgegenzutreten. „Es ist zwar eine sehr einfache Sache“, heisst es in dem Aufruf, „vorhandene Warenvorräte zu beschlagnahmen und zu herabgesetzten Preisen in Umsatz zu bringen, aber wenn das Problem der Wiederanschaffung nicht gelöst wird, dann ist das Ergebnis nur eine rasche und vollständige Erschöpfung der Warenvorräte und nackte Hungersnot.“

Kopf hoch, mahnt Ebert

Es ist eine Leistung, die der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Ehre macht, dass es bisher gelungen ist, ernsthafte Unruhen zu vermeiden, trotz der Politik der Entente, die die seelische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes immer aufs neue erschüttert. Zu gleicher Zeit sind in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens, das mit

Militär vollgeproft ist, die schwersten Ausschreitungen vorgekommen.

Das Unrecht, das diesem Teil Oberschlesiens durch den Friedensvertrag zugefügt worden ist, wird heute auch seinen Urhebern allmählich klar. Deutschland ist eines seiner wichtigsten Rohstoffgebiete beraubt worden, ohne dass dieser Raub den neuen Besitzern zum Segen gereicht. Die deutsche Verwaltung bemüht sich, das Restgebiet so leistungsfähig wie möglich zu machen. Durch Neuanlagen soll die Kohlenförderung, die in Westoberschlesien 2,4 Millionen Tonnen beträgt, um 1 Million gesteigert werden. Ähnlich soll der Bleierzbergbau ausgedehnt werden. Der Reichspräsident hat bei seiner Veranstaltung zugunsten der Oberschlesienhilfe Worte der Ermutigung gefunden, die den pessimistischen Strömungen wirksam entgegengetreten. Auch die Reisen, die Herr Ebert in den letzten Wochen im Osten und Nordwesten unternommen hat, haben einen günstigen Einfluss ausgeübt. Das ergibt sich auch aus einer Erklärung, die der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei in Breslau nach dem Besuch des Reichspräsidenten u. a. veröffentlichte:

Ueber den Parteien

„Das Zeugnis muss dem Präsidenten des Reiches gegeben werden, dass er mit keinem Worte und keiner Miene die Stellung über den Parteien verlassen hat. Auch in der Nachbarpartei von ordentlichen Universitätsprofessoren und Wirklichen Geheimräten zeigte sich Fritz Ebert als ein Mann von persönlichem Eigensinn, und die Nurgelerten, Gliederleuten, Nichtsalsredner und Bierbankaufrechten sollten endlich mit ihrem politischem Kinderlauben Schluss machen, als wären die sozialistischen Regierungs-, Parlaments- und Verwaltungsmänner nur von der Konjunktur hochgetragene Sattlergesellen und Gewerkschaftskontoristen! Die Ueberheblichkeit und Kurzsichtigkeit, die ideenverachtende Schneidigkeit als Methode im politischen Kampf wollen wir ein deutschnationales Privileg sein lassen. Die deutschnationalen haben immer noch nichts gelernt und wollen grundsätzlich nichts lernen, und so wird sich niemand wundern, dass sich diese Partei, die nur vom Neinsagen lebt, allmählich um jedes Daseinrecht bringt.“

J. E.



„Dem Deutschen tut's nicht gut — den Andern aber auch nicht besser“

Diese Wahrheit ist den geschäftstüchtigen Engländern aufgegangen, wie diese bildliche Mahnung des weitverbreiteten Londoner Blattes „Reynold's Newspaper“ beweist